

Eingeschleuste Hetzschriften (III)

2. Dezember 1970

Information Nr. 1278/70 über eingeschleuste Hetzschriften

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 1790, Bl. 58–59 (2. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Lambez – MfS: Ablage.

Vermerk

Im Dokumentenkopf zusätzliche Datierung: »5.12.«.

Bemerkung

Die im Dokument erwähnten Anlagen sind nicht überliefert.

Verweise

Informationen [311/70](#), [325/70](#), [516/70](#), [613/70](#) u. [1364/70](#).

Nachstehend wird auf den Inhalt einiger sichergestellter Hetzschriften hingewiesen, die in der letzten Zeit mit Ballons oder auf dem Postweg eingeschleust wurden.

Zum Inhalt der angefallenen Hetzschriften:

»*Volksarmee*« Nr. 39/70 (Herausgegeben von der Bundeswehr):

In großer Aufmachung wird die Fernsehrede Willy Brandts, ¹ die er in Moskau anlässlich der Unterzeichnung des sowjetisch-westdeutschen Vertrages² gehalten hat, im Wortlaut wiedergegeben.

Weiterhin enthält die Hetzschrift den westdeutschen »Brief zur deutschen Einheit« ³ sowie Pressestimmen zum Moskauer Vertrag.

Auf der Titelseite wird in einem längeren Beitrag zu widerlegen versucht, dass die Bundeswehr chemische Kampfstoffe besitzt.

Aus dem Hetzbericht⁴ des ehemaligen polnischen Journalisten und Dolmetscher Erwin Weit ⁵ bringt die »*Volksarmee*« einen Auszug.

»*Mitteldeutsche Arbeiterzeitung*«/Nr. 3/70 (Herausgegeben von der Bundeswehr):

Wie die vorangegangenen Ausgaben dieser Hetzschrift enthält auch die Nr. 3 fast ausschließlich Beiträge, in denen der westdeutsche Lebensstandard – insbesondere die soziale Lage der westdeutschen Arbeiter und Angestellten – verherrlicht wird.

»*Der Tag*«, Sondernummer 1970 (Herausgegeben von der CDU):

Diese neue »Sondernummer« veröffentlicht u. a. Hetzartikel und -kommentare zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag (Erklärung der sogenannten Exil-CDU⁶ zur Unterzeichnung), zur Entwicklung in der ČSSR (»Prag – zwei Jahre danach«)⁷ sowie zu Wirtschafts- und Handelsfragen (Handelspolitik der SU, Handel zwischen DDR und BRD):

»*Kontakt*« Nr. 3/70 (Herausgegeben von der CDU):

Durch den Vergleich von einzelnen Artikeln des westdeutschen Grundgesetzes mit entsprechenden Artikeln der Verfassung der DDR wird nachzuweisen versucht, dass der DDR eine »voll gesicherte, rechtsstaatliche, parlamentarische Grundordnung« fehlt.

Als Anlage je ein Exemplar der genannten Hetzschriften.

¹

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964–87 Parteivorsitzender, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–74 Bundeskanzler.

²

Der »Moskauer Vertrag« vom 12.8.1970 war einer der Grundsteine für die auf Entspannung und Annäherung ausgelegte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik. Beide Staaten verpflichteten sich, Konflikte friedlich zu lösen. Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (»Moskauer Vertrag«) vom 12. August 1970. In: BGBl. II 1972, S. 354–356.

3

Bei Unterzeichnung des »Moskauer Vertrages« am 12.8.1970 überreichte die westdeutsche Delegation der Sowjetunion einen »Brief zur deutschen Einheit«, in welchem das Streben der Bundesrepublik nach einer Wiedervereinigung formuliert wurde. Voraussetzung hierfür sei die Selbstbestimmung des deutschen Volkes und die Wahrung des Friedens. Vgl. Brief zur deutschen Einheit, 12. August 1970, online abrufbar unter www.chronik-der-mauer.de (letzter Abruf: 12.9.2021).

4

Vgl. Weit, Erwin: Ostblock intern. 13 Jahre Dolmetscher für die polnische Partei- und Staatsführung. Hamburg 1970.

5

Erwin Weit, Jg. 1928, polnischer Übersetzer, ab 1954 als Dolmetscher bei diplomatischen Gesprächen der polnischen Staats- und Parteiführung eingesetzt, 1968/69 Flucht in den Westen.

6

Nach 1945 war die CDU als gesamtdeutsche Partei zugelassen. Der politische Druck auf die CDU in der SBZ führte 1947 zur Spaltung der Partei. Die CDU in den Westzonen erklärte sich für unabhängig. Die Exil-CDU wurde 1950 aus geflüchteten Mitgliedern der Ost-CDU in der Bundesrepublik gegründet. Sie bestand bis 1990 als eigener Landesverband.

7

Gemeint ist die militärische Niederschlagung der reformsozialistischen Bewegung »Prager Frühling« in der Tschechoslowakei durch Truppen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes im August 1968.